

# Die Welt, 21.09.2020 Größere Schadenslage

**N**ach dem ersten Bericht... (The rest of the article text is extremely blurry and illegible in the original image.)

## Größere Schadenslage

Die rechtsextremen Chats bei der Polizei in Mülheim beschäftigen die Stadt seit Tagen. Von offenem Rassismus bei den Beamten berichten einige. Verhärtet sind die Fronten aber nicht



Einige der Beamten, die an der Demonstration teilgenommen haben. (Caption text is illegible due to blurriness.)

Die Stadt Mülheim an der Ruhr... (The rest of the article text is extremely blurry and illegible in the original image.)

Die Stadt Mülheim an der Ruhr... (The rest of the article text is extremely blurry and illegible in the original image.)

Die Welt / Politik (Mantelteil), Montag, 21.09.2020

## Größere Schadenslage

### Die rechtsextremen Chats bei der Polizei in Mülheim beschäftigen die Stadt seit Tagen. Von offenem Rassismus bei den Beamten berichten einige. Verhärtet sind die Fronten aber nicht

Von Deniz Yücel aus Mülheim

Nein, mit einer Durchsuchung in seiner Shisha- Bar rechnet Khalil an diesem Freitagabend nicht. „Ich glaube, die haben gerade andere Probleme“, sagt er – eine Anspielung darauf, dass der nordrheinwestfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) zwei Tage zuvor in einer aufsehenerregenden Pressekonferenz erklärt hat, dass 29 Polizistinnen und Polizisten wegen Mitgliedschaft in mehreren Chatgruppen, in denen auch rechtsextremistische und rassistische Inhalte gepostet worden waren, vorläufig suspendiert wurden.

Inzwischen ist die Zahl der Beschuldigten auf 30 gestiegen. Gegen alle wurden Disziplinarverfahren eröffnet, davon 14 mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst. Gegen zwölf Beamte laufen zudem strafrechtliche Ermittlungen. Alle Beschuldigten sind oder waren Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Essen, die meisten von ihnen arbeiteten an der Wache Mülheim an der Ruhr.

Khalil ist um die 30, er besitzt die türkische Staatsbürgerschaft, hat aber, wie er erzählt, weder zur

Türkei noch zum Libanon einen emotionalen Bezug. „Deutschland ist meine Heimat“, sagt er. Seine Familie gehört zu den Mhallami, einer ursprünglich aus der Türkei stammenden Volksgruppe, die im Mittelpunkt steht, wenn hierzulande von sogenannter Clankriminalität die Rede ist. In NRW ist Essen die Hochburg der Mhallami. Und die meisten Straftaten im Zusammenhang mit Clankriminalität – laut Landesinnenministerium 852 von 6104 Straftaten – bearbeitet das hiesige Polizeipräsidium.

Seinen wirklichen Namen will Khalil nicht veröffentlicht sehen, ebenso bittet er, keine genaueren Angaben zu seinem Laden zu machen, der sich irgendwo im Raum Essen/Mülheim befindet. In den vergangenen Jahren sei seine Shisha-Bar so oft durchsucht worden, dass er aufgehört habe zu zählen. Vor der Kommunalwahl am 13. September sei es besonders extrem gewesen.

An diesem Freitagabend kommen und gehen etwa 15 Gäste. Als zwei junge Männer auf eine Wasserpfeife mit Tabak bestehen, sagt Khalil: „Bruder, du weißt doch, dass du das hier nicht rauchen darfst; das musst du woanders rauchen.“ Ob er die Regeln immer so penibel befolgt, muss offenbleiben. Im Lokal ist der Genuss von aromatisiertem Tabakersatz, Stein genannt, erlaubt; der Konsum von Tabak hingegen fällt unter das Rauchverbot in der Gastronomie – eine Ordnungswidrigkeit. Und versteuerten Tabak zu verkaufen ist legal, aus einer Dose kleine Mengen für eine einzelne Wasserpfeife zu verkaufen nicht – ein Zollvergehen.

Doch bei den Razzien gegen Shisha- Bars geht es primär um etwas ganz anderes: Im Raum steht der Verdacht, dass zumindest ein Teil dieser Etablissements als Stützpunkt krimineller „Familienclans“ dient oder auch zur Geldwäsche benutzt wird. „Strategie der 1000 Nadelstiche“ nennt Innenminister Reul dieses Vorgehen. Für „nichts als Schikane“ hält das Khalil. „Wenn Tabakrauchen kriminell ist, dann bin ich schwerkriminell“, sagt er. „Aber was anderes hat man mir noch nie vorgeworfen.“ Manche Beamte hätten ihm bei einer Durchsuchung schon signalisiert, dass sie wüssten, dass er nichts mit organisierter Kriminalität zu tun habe. Andere glaubten wohl, dass er sich nur geschickt tarne.

Bei diesen Razzien sei es schon zu herablassenden Bemerkungen gekommen. Und bei einer Hausdurchsuchung, mit der man seinen Vater in Abschiebehaft bringen wollte, hätten verummte SEK-Beamte mit gezogenen Waffen frühmorgens das Haus seiner Familie gestürmt, Türen eingeschlagen und ihm die Arme verdreht.

Der Chatskandal hat Khalil nicht überrascht. Auch seine Gäste berichten von negativen Erfahrungen mit der Polizei. Und nicht nur sie. Viele – keineswegs alle – Menschen mit Migrationshintergrund, die in Essen oder Mülheim leben, erzählen derlei, ob aus eigener Erfahrung oder von anderen. Und sie vermuten – wenigstens hier im Einvernehmen mit Innenminister Reul –, dass da noch mehr rauskommen werde.

Das denkt Hasan Tuncer, ein alevitischer Kurde, der einen Pflegedienst führt und in der vergangenen Legislaturperiode für eine unabhängige Liste im Mülheimer Stadtrat saß. Der 30-Jährige sagt aber auch: „Viele, die jetzt Rassismus rufen, sind blind, wenn es um türkische Rassisten geht.“ Das denkt die bildende Künstlerin Anabel Jujol, die ehrenamtlich für das 1994 gegründete Anti-Rassismus-Telefon Essen tätig ist. In all den Jahren habe es unter den „mehreren Tausend dokumentierten Fällen“ stets welche mit Bezug zur Polizei gegeben. Aber das Ausmaß von Gewaltschilderungen habe in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Und das denkt Nadia Khalaf, Deutsch-Ägypterin, gebürtige Mülheimerin und Vorsitzende der AG Migration der NRW-SPD. „Wir wissen, dass Täter oft in die Opferrolle schlüpfen. Aber wir wissen auch, dass es Rassismus bei der Polizei gibt. Wenn

der Innenminister jedes Wochenende Libanesen jagt, dann macht das doch etwas mit den Beamten.“

Markus Bergmann findet es „unerträglich, wenn Menschen mit anderer Hautfarbe Angst vor der Polizei haben“. Der Erste Kriminalhauptkommissar ist Bezirksvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und leitet das Essener Kommissariat für Raubdelikte. Wenn Beamte diskriminierend mit Menschen umgehen, sei das „nicht nur menschlich ein No-Go“, sondern auch „unprofessionell“, weil die Polizei dadurch diese Menschen als potenzielle Zeugen verlieren würde.

An diesem Freinachmittag sitzt der 56-Jährige in einem Café im Essener Kneipenviertel Rüttenscheid. Tags zuvor war er im Zusammenhang mit einem schweren Verkehrsunfall auf der A40 im Einsatz. „Größere Schadenslage“ heißen solche Vorfälle im Polizeijargon. „Wenn es dazu kommt, lassen Kriminalbeamte alles andere stehen und liegen. Dann weiß jeder, was er zu tun hat.“

Auch die Ermittlungen gegen seine Kollegen sind gewissermaßen eine „größere Schadenslage“ – eine ziemlich große sogar. Aber keine, auf die die Polizei vorbereitet wäre. Natürlich gelte auch für sie die Unschuldsvermutung, sagt Bergmann. Doch ihn habe es erschreckt, dass wohl in „so offener Weise in so einem großen Kreis“ solche Inhalte ausgetauscht worden seien. Er sieht vor allem die Vorgesetzten in der Pflicht: „Ich habe mich selber gefragt: Werde ich als Vorgesetzter meiner Verantwortung gerecht? Das fängt ja bei der Sprache an.“

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat vergangene Woche eine unabhängige Studie zum Thema Rassismus in der Polizei erneut abgelehnt. Bergmann indes hat keine Einwände, es habe genug Anlässe gegeben. „Ich hoffe, dass eine solche Studie zu dem Ergebnis führt, dass es bei der Polizei keinen latenten Rassismus gibt. Und wenn doch, dann muss das aufgeklärt werden. Untersuchen, verifizieren – so arbeiten wir als Kriminalbeamte doch auch.“

Tatsächlich haben sich in den vergangenen Monaten gerade in Essen Vorwürfe wegen unverhältnismäßiger Polizeigewalt, Rassismus bei der Polizei oder beidem gehäuft.

Eine dieser Geschichten schildert Omar Ayoub. An diesem Samstagnachmittag ist der 23-Jährige in seinem Garten im Essener Norden zu Werke; am Montag wollen sie hier den zweiten Geburtstag seiner Tochter feiern. Ayoub führt einen Betrieb für Autozubehör, seine Frau studiert auf Lehramt.

An einem Abend im April dieses Jahres war er mit seiner damals im vierten Monat schwangeren Frau zum Fastenbrechen im Haus seiner Eltern. Gegen ein Uhr nachts hätten Polizisten geklingelt und gesagt, es liege eine Beschwerde wegen Ruhestörung vor. Die Beamten hätten die Wohnung durchsuchen wollen. „Ich habe gesagt: ‚Besorgen Sie einen Durchsuchungsbefehl, dann können Sie rein.‘ Dann wollte ich die Tür schließen. Aber ein Polizist hat einen Fuß in den Spalt gesetzt und gebrüllt ‚Hände auf den Rücken‘. Ich war überrumpelt und habe so was wie ‚Ey, Moment, was ist los?‘ gesagt. Darauf hat ein Polizist mir die Brille runtergerissen, Pfefferspray in die Augen gesprüht und mir ins Gesicht geschlagen.“ Kurz darauf seien etwa 15 weitere Beamte angerückt. Diese hätten auch seinen Vater geschlagen und seine Frau weggeschoben, obwohl sie auf ihre Schwangerschaft hingewiesen habe.

„Mich haben sie in den Garten gezogen und auf den Boden geworfen. Einer hat sein Knie auf meinen Kopf gedrückt, ein anderer mit dem Knüppel auf den Rücken gehauen.“ Noch im Polizeiauto seien er und sein Vater geschlagen und als „Dreckslibanesen“ beschimpft worden, einer habe von einem „Ayoub-Clan“ geredet. Er habe Prellungen und ein gebrochenes Handgelenk erlitten, sein Vater

Verletzungen am Kopf, seine 16-jährige Schwester Hämatome am Arm. Zum Beweis zeigt er Fotos und ärztliche Atteste. „Das war sehr belastend – weil das zu Hause passiert ist. Aber auch, weil es Polizisten waren. Das sind doch die, die ich rufe, wenn ich ein Problem habe. Wir sind hier doch in Deutschland.“

Ayoub nahm zuerst ein Instagram-Video auf, das sich rasend verbreitete – 1,7 Millionen Klicks sind es inzwischen. Hingegen wurden der Polizei zufolge die beteiligten Beamten „massiv angegriffen“, darum sei Verstärkung und Pfefferspray notwendig gewesen. Gegen Ayoub wird nun ermittelt, er hat seinerseits Anzeige erstattet, darum äußert sich die Polizei derzeit nicht weiter zu dem Fall.

Solche Vorfälle haben – verstärkt durch die Black-Lives-Matter-Bewegung – in Essen für heftige Diskussionen gesorgt, für Kritik und Kritik an der Kritik. So beschloss der Stadtrat mit den Stimmen von SPD und CDU eine Resolution zur „Solidarität mit den Einsatzkräften bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten“. Jörg Uhlenbruch, der bisherige Fraktionsvorsitzende der CDU, wies besonders energisch „pauschale Vorwürfe“ gegen die Polizei als „unbegründet und verunglimpfend“ zurück.

Ob er das im Lichte des Chatskandals so wiederholen würde? „Aber selbstverständlich“, antwortet der 54-jährige Sparkassenangestellte. „Die Polizisten müssen wissen, dass die demokratischen Institutionen hinter ihnen stehen. Extremismus in der Polizei müsse man bekämpfen. Aber es sei auch die Polizei selber gewesen, die diese Vorgänge aufgedeckt habe.“

Am Tag nach dem Bekanntwerden des Skandals demonstrierten in der Stadt knapp 100 Leute aus dem autonomen Spektrum. Das Motto: „Gegen (rechte) Bullen. Gegen Racial Profiling und Gewalt.“ Aber wer pauschalisiert sonst? „Das kommt meistens unterschwellig, zwischen den Zeilen“, meint Uhlenbruch.

Das weist Christian Baumann, Sprecher des Bündnisses „Essen stellt sich quer“ zurück. „Ich kämpfe gegen Rassismus, selbstverständlich treffe ich keine pauschalen Urteile über Menschen“, sagt der 34-jährige Informatiker. „Aber unsere Aufgabe ist es, auf Missstände hinzuweisen, auch wenn es um die Polizei geht.“

Trotz allem ist es nicht so, dass sich in der Stadt die Fronten unversöhnlich gegenüberstehen würden. Mit den Leuten vom Anti-Rassismus-Telefon hat sich Polizeipräsident Frank Richter jüngst getroffen, ein Gespräch mit dem seit 20 Jahren existierenden Bündnis „Essen stellt sich quer“ ist vereinbart. Auch der Verein Laissez-passer, der sich besonders um die Belange der Mhallami kümmert, ist im Kontakt mit der Polizei. „Das war anfangs schwierig. Aber ich glaube, wir sind jetzt auf einem guten Weg“, erzählt Ahmad Omeirat, Stadtrat der Grünen und Kopf von Laissez-passer.

Wenn der 37-Jährige von den anfänglichen Kommunikationsproblemen spricht, klingt er amüsiert. Aber er kann sich auch in Wut reden, wenn er davon erzählt, wie die Mhallami vor 20 Jahren als „Scheinlibanesen“ verunglimpft worden seien, man vielen die Aufenthaltstitel entzogen und für Jahre in „Kettenduldungen“ gedrängt habe – und sie heute unter dem Begriff „Clan“ kriminalisiert würden.

„Bei uns spielten Organisationen, die in Europa als Tarnorganisationen eingestuft werden, nie eine Rolle, das hätte eine gute Integrationsgeschichte werden können.“ Doch diese Chance sei ins Gegenteil verkehrt worden. Er bestreitet die Existenz von Kriminalität unter „seinen Leuten“ nicht. Doch so, wie die Debatte geführt werde, handle es sich um „German Angst“ und um eine „Industrie“.

Und sie schade, weil junge Leute aus Armut, Perspektivlosigkeit und Integrationsproblemen nun sagen würden: „Jetzt erst recht Clan!“

„Es geht nicht um einen pauschalen Vorwurf, dass alle Mitglieder einer Großfamilie kriminell sind“, erwidert Polizeisprecher Christoph Wickhorst. „Es geht darum, kriminelle Strukturen aufzubrechen, kriminelle Mitglieder ausfindig zu machen und sie strafrechtlich zu belangen.“

Doch bei allem, was Politiker, Polizisten und Aktivisten in Essen und Mülheim trennt, in manchen Dingen stimmen dann doch fast alle überein: Der Forderung nach einer Aufklärung des Chatskandals sowie der Rassismuskritik wie im Fall Ayoub – oft verbunden mit der leisen Hoffnung, dass dieser Skandal sich als Chance erweist, Vertrauen in die Polizei wiederherzustellen. Und noch auf etwas anderes können sich Polizeigewerkschafter Bergmann, Community-Arbeiter Omeirat und andere verständigen: dass die Essener Polizei zu dünn ausgestattet ist. Ein Problem, das man vielleicht zusammen angehen muss.

---

*Bildunterschrift:*

- Schauplatz der Verdachtsfälle wegen Mitgliedschaft in mehreren Chatgruppen mit rechtsextremistischen Inhalten: Polizeiwache Mülheim DENIZ YÜCEL (3)
- Omar Ayoub wirft der Polizei unverhältnismäßige Gewalt und rassistische Äußerungen vor
- Markus Bergmann vom Bund Deutscher Kriminalbeamter